

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	I
<b>I. Teil</b>	
<b>Fälle</b>	
A. Radenska gegen Kajo	5
B. Hilmarton gegen Omnium de Traitement et de Valorisation	8
C. Chromalloy Aeroservices v. Arab Republic of Egypt	13
<b>2. Teil</b>	
<b>Quellen</b>	
A. Die Genfer Übereinkommen von 1923 und 1927	
I. Allgemeines	29
II. Anwendungsbereich der Genfer Übereinkommen	30
III. Die „Internationalität“ des Schiedsverfahrens nach den Genfer Übereinkommen und ihre Bedeutung	32
1. Funktion des Kriteriums	32
2. Inhalt des Kriteriums	35
IV. Die Unterscheidung zwischen inländischen und ausländischen Schiedssprüchen	39
1. Funktion der Unterscheidung	39
2. Unterscheidungskriterium	41
V. Die Bedeutung der Aufhebung im Ursprungsstaat für die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche nach dem Genfer Übereinkommen	43
1. Überblick	43
2. Die sachliche Regelung im Einzelnen	45
3. Die nach Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 GAbk vorzulegenden Urkunden und das Problem des Doppelexequatur	49



<b>B. Das New Yorker UN-Übereinkommen von 1958</b>	
I. Allgemeines	51
II. Anwendungsbereich des Übereinkommens	52
1. „Ausländische“ versus „internationale“ Schiedssprüche	52
2. Verhältnis zwischen den Sätzen 1 und 2 des Art. I Abs. 1 UNÜ	62
a) Allgemeines	62
b) Das Verhältnis der beiden Sätze im Einzelnen	67
c) Zur Bestimmung der „nicht als inländische anzusehenden“ Schiedssprüche nach Art. I Abs. 1 S. 2 UNÜ	71
3. Die rechtliche Behandlung von „nicht als inländische anzusehenden“ Schiedssprüchen im Einzelnen	74
a) Allgemeines	74
b) Deutschland vor der Reform	74
c) USA	79
aa) Die Bestimmung der „nicht als inländische anzusehenden“ Schiedssprüche nach § 202 FAA	79
bb) Die Aufhebbarkeit von „nicht als inländische anzusehenden“ Schiedssprüchen nach US-amerikanischem Recht	84
III. Die Versagung der Anerkennung wegen fehlender Verbindlichkeit oder Aufhebung des Schiedsspruchs nach Art. V Abs. 1 lit. e UNÜ	89
1. Überblick	89
2. Die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs	91
a) Allgemeines	91
b) Einzelfragen	107
aa) Entscheidungsentwürfe und verwandte Fragen	107
bb) Niederlegungserfordernis	108
cc) Erforderlichkeit einer gerichtlichen Bestätigung im Ursprungsstaat	113
dd) Rechtsbehelfe	116
(1) Abgrenzung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Rechtsbehelfen	116
(2) Bedeutung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs	123
(3) Generelle Unbeachtlichkeit gerichtlicher Rechtsbehelfe	126
ee) Parteivereinbarungen über den Eintritt der Verbindlichkeit	128
ff) Ablauf von Vollstreckungsfristen	134
gg) Wegfall der Verbindlichkeit infolge eines „merger“ nach angloamerikanischem Recht	135
c) Zusammenfassende Betrachtung	142
3. Die nachträgliche Beseitigung der Wirkungen des Schiedsspruchs, insbesondere seine Aufhebung	143
a) Zuständigkeit	143
aa) Inhalt und Verhältnis der Anknüpfungspunkte für die Aufhebungszuständigkeit nach Art. V Abs. 1 lit. e UNÜ	143
bb) Bedeutung des Art. V Abs. 1 lit. e UNÜ für die „innere“ Aufhebungszuständigkeit	145
b) Umfang der Kontrolle im Ursprungsstaat	151
c) Erforderlichkeit der Anerkennungsfähigkeit des Aufhebungsurteils	156



4. Ermessensentscheidung oder zwingende Versagung?	160
5. Die Regelung des Art. VI UNÜ	168
<b>C. Das Genfer Europäische Übereinkommen von 1961</b>	
I. Allgemeines	170
II. Anwendungsbereich	171
1. Kriterien der Internationalität	171
2. Bedeutung des Schiedsortes	173
III. Art. IX EuÜ	179
1. Allgemeines	179
2. Einzelfragen	181
<b>D. Einzelstaatliche Regelungen</b>	
I. Vorbemerkungen	183
II. Das UNCITRAL-Modellgesetz (zugleich zur Rechtslage in Deutschland nach der Reform)	184
1. Anwendungsbereich	184
a) Sachlicher Anwendungsbereich	184
b) „Territorialer Anwendungsbereich“ und Lokalisierung des Schiedsspruchs	189
aa) Die Anwendbarkeit des ModellG bei Schiedsverfahren im Inland	189
bb) Die Anwendbarkeit des ModellG bei Schiedsverfahren im Ausland	194
c) Die deutsche Reform	199
2. Aufhebungsverfahren	205
3. Anerkennung und Vollstreckung	207
a) Anwendungsbereich der Regeln	207
aa) Modellgesetz	207
bb) Deutsches Recht	208
b) Die „Verbindlichkeit“ des Schiedsspruchs	213
aa) Modellgesetz	213
bb) Deutsches Recht	218
c) Inhaltliche Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	218
d) Verhältnis des Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahrens zum Aufhebungsverfahren	219
aa) Modellgesetz	219
bb) Deutsches Recht	222
III. Frankreich	223
1. Überblick über die Systematik der gesetzlichen Regelung	223
2. Der Begriff des internationalen Schiedsverfahrens	224
3. Die gerichtliche Kontrolle internationaler und ausländischer Schiedssprüche nach dem Sechsten Titel	226
a) Die Entscheidung über die Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen	226
b) Das Aufhebungsverfahren	229
4. Die Regelung des Fünften Titels über internationale Schiedsverfahren	232
a) Inhalt der Regelung	232



b) Die Voraussetzungen der Anwendbarkeit der französischen Regeln über internationale Schiedsverfahren	234
5. Die Beachtlichkeit von Entscheidungen der Gerichte des Ursprungsstaates über die Wirksamkeit des Schiedsspruchs in Frankreich	241
a) Die Bedeutung der Aufhebung des Schiedsspruchs im Ursprungsstaat für seine Vollstreckbarkeit in Frankreich	241
b) Beachtlichkeit einer den Schiedsspruch bestätigenden Entscheidung	248
IV. Der Ausschluss der Aufhebbarkeit „internationaler“ Schiedssprüche nach schweizerischem und belgischem Recht	251
1. Vorbemerkungen	251
2. Schweiz	254
a) Quellen	254
b) Aufhebungsverfahren	256
aa) Allgemeines	256
bb) Rechtsfolgen eines vollständigen Ausschlusses der Anfechtung	258
cc) Rechtsfolgen eines Ausschlusses einzelner Anfechtungsgründe	264
3. Belgien	267
a) Allgemeines	267
b) Die Reform von 1985	268
c) Die Reform von 1998	272

### 3. Teil

#### Dogmatik und Interessen

##### A. Das Problem der Integration des Schiedsspruchs in die Rechtsordnung des Ursprungsstaates

I. Die Vollstreckbarkeit eines im Ursprungsstaat aufgehobenen Schiedsspruchs als Paradigma der Integration des Schiedsspruchs in die Rechtsordnung des Ursprungsstaates	275
II. Probleme der „Delokalisierung“ im Allgemeinen	279
1. Begriff und Bedeutung der Frage nach der „Delokalisierung“ der Schiedsgerichtsbarkeit	279
2. Delokalisierung im Hinblick auf das Verfahrensrecht	282
3. Delokalisierung im Hinblick auf die staatliche Gerichtsbarkeit	284
III. Zusammenfassende Stellungnahme	286

##### B. Die Rechtsnatur der Schiedsgerichtsbarkeit

I. Die Grundthesen	288
1. Die vertragliche Theorie	290
2. Die jurisdiktionelle Theorie	294
3. Die vermittelnden Theorien	298
II. Rechtliche Folgerungen aus der Rechtsnatur	300
1. Die Bedeutung der Rechtsnatur im Allgemeinen	300
2. Die traditionellen Folgerungen aus der Rechtsnatur im Einzelnen	304
III. Das Schiedsverfahren als System der Streitentscheidung	310



1. Fragestellung	310
2. Die Integration der Schiedsgerichtsbarkeit in das Gerichtssystem des Ursprungsstaates	312
a) Die Übertragung der Regeln über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile auf Schiedssprüche nach herkömmlichem Verständnis	312
b) Stellungnahme	316
aa) Das Problem der Zuordnung zum Sitzstaat	316
bb) Schiedsgerichtsbarkeit als private Streitentscheidung	319
cc) Folgerungen für die Beachtlichkeit einer im Ursprungsstaat erfolgten Aufhebung des Schiedsspruchs	334
dd) Folgerungen für die Zuständigkeit zur Aufhebung eines Schiedsspruchs	338
c) Zusammenfassende Betrachtungen	341
3. Die Notwendigkeit einer Unterwerfung der schiedsgerichtlichen Streitentscheidung unter das Recht am Sitz des Schiedsgerichts	342
IV. Schiedsgerichtsbarkeit und staatliche Souveränität – Die These MANNs	345
<b>C. Die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs</b>	
I. „Wirksamkeit“ und „Verbindlichkeit“ des Schiedsspruchs	351
1. Die Wirksamkeit des Schiedsspruchs	351
a) Begriff und Voraussetzungen	351
b) Die Überprüfung der Wirksamkeit des Schiedsspruchs durch staatliche Gerichte	356
aa) Grundsatz	356
bb) Fortbestehende Unterschiede in der Behandlung in- und ausländischer Schiedssprüche	359
(1) Die Beschränkung der Aufhebungsmöglichkeit auf inländische Schiedssprüche	359
(2) Unterschiede in der Art und Weise der Geltendmachung von Einwendungen gegen die Wirksamkeit in- und ausländischer Schiedssprüche	361
2. Die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs	364
a) Der Begriff der Verbindlichkeit des Schiedsspruchs nach Art. V Abs. 1 lit. e UNÜ im Allgemeinen	364
b) Verbindlichkeit und gerichtliche Rechtsbehelfe	364
c) Verbindlichkeit und Wirksamkeit des Schiedsspruchs	371
aa) Die Abgrenzung von Verbindlichkeits- und Wirksamkeitsvoraussetzungen als Qualifikationsfrage	371
bb) Die Qualifikation von Wirksamkeitsvoraussetzungen im Einzelnen	374
cc) Vorschriften über die Geltendmachung von Einwendungen gegen den Schiedsspruch als Qualifikationsfragen	379
(1) Die Gleichbehandlung von Nichtigkeits- und bloßen Aufhebungsgründen im Vollstreckungsstaat	379
(2) Die Bedeutungslosigkeit der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen im Ursprungsstaat	384



dd) Weitere Qualifikationsfragen	387
(1) Ablauf der Frist für die Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs	387
(2) Merger-Fälle	388
d) Verbindlichkeit im materiellen und im formellen Sinn	389
aa) Allgemeines	389
bb) Verbindlichkeit im formellen Sinn – Die „formelle Rechtskraft des Schiedsspruchs“	390
cc) Verbindlichkeit im materiellen Sinn	394
3. Zusammenfassung	398
II. Die Bestimmung des Schiedsverfahrensstatuts	400
1. Problemstellung	400
2. Zulässigkeit einer Rechtswahl durch die Parteien	404
a) Ausgangspunkt	404
b) Parteiinteressen	405
aa) Grundsätzliche Bewertung	405
bb) Der Einwand der Unnötigkeit einer kollisionsrechtlichen Rechtswahl	409
c) Verkehrsinteressen	414
d) Ordnungsinteressen	414
aa) Praktikabilität der Anknüpfung	414
bb) Gegen die Zulassung der Rechtswahl vorgebrachte Ordnungsinteressen	416
(1) Ausgangspunkt	416
(2) Internationaler Entscheidungseinklang	417
(3) Das Argument der zwangsläufigen Durchsetzung des am Schiedsort geltenden Rechts	419
(4) Gefahr von Kompetenzkonflikten	423
e) Zwischenergebnis	424
f) Die „Vergeistigung“ des Sitzbegriffs	424
g) Ergebnis	432
3. Objektive Bestimmung des Schiedsverfahrensstatuts	432
4. Die Bestimmung des Schiedsverfahrensstatuts bei fehlender Auslandsbeziehung	438
5. „Nicht kollisionsrechtliche“ Lösungen	445
a) Problemstellung	445
b) Abgrenzung zu Fragen der „anationalen Schiedssprüche“	449
aa) Allgemeines	449
bb) Der ausschließlich im Parteiwillen wurzelnde Schiedsspruch	451
cc) Der in einer überstaatlichen Rechtsordnung wurzelnde Schiedsspruch	453
dd) Zusammenfassende Betrachtung	467
c) Kritische Stellungnahme zur „Aufgabe des kollisionsrechtlichen Ansatzes“ im internationalen Schiedsverfahrensrecht	468



<b>D. Zur Notwendigkeit einer Kontrolle des Schiedsspruchs im Wege eines Aufhebungsverfahrens</b>	
I. Problemstellung	476
II. Rechtsschutzerwägungen	479
1. Gründe für die Möglichkeit einer Aufhebungskontrolle	479
a) Notwendigkeit zum Schutz der Parteien vor Fehlentscheidungen des Schiedsgerichts im Allgemeinen	479
b) Präventiver Druck auf die Schiedsrichter	485
c) Notwendigkeit im Hinblick auf die Besonderheiten der Aufhebungskontrolle	486
d) Notwendigkeit einer kassatorischen Entscheidung im Hinblick auf das weitere Verfahren	488
e) Staatliche Interessen	494
2. Gründe gegen die Zulassung einer Aufhebungskontrolle	497
a) Effizienz der Schiedsgerichtsbarkeit als Verfahren der Streitentscheidung	497
b) Widerspruch der Aufhebungsmöglichkeit zur Unterwerfung unter die Entscheidung des Schiedsgerichts	500
III. Erforderlichkeit einer Aufhebungsmöglichkeit im Hinblick auf die Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs in einem anderen Staat	501
1. Ausgangspunkt	501
2. Existenz einer Anfechtungsmöglichkeit als Bestandteil des ordre public	502
3. Mangelnde Vollstreckbarkeit eines im Ursprungsstaat nicht aufhebbaaren Schiedsspruchs wegen „Anationalität“ des Schiedsspruchs	504
4. Existenz einer Aufhebungsmöglichkeit als allgemeine Voraussetzung für die Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs im Ausland	509
IV. Zusammenfassung	512
<b>E. Zur Anerkennung von Entscheidungen des Ursprungsstaates über die Wirksamkeit eines Schiedsspruchs</b>	
I. Problemstellung	513
1. Die Beachtlichkeit der Aufhebung des Schiedsspruchs im Vollstreckungsstaat als Frage der Urteilsanerkennung im Allgemeinen	513
2. Die Beachtlichkeit einer die Aufhebungsklage abweisenden Entscheidung	517
a) Grundsätzliche Erwägungen	517
b) Besonderheiten hinsichtlich der Rechtskraft einer die Aufhebung ablehnenden Entscheidung	526
c) Zusammenfassung	532
3. Die Beachtlichkeit einer bloßen Entscheidung über die Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs	533
4. Die Beachtlichkeit von Entscheidungen über die Wirksamkeit des Schiedsspruchs im Allgemeinen	536
a) Grundsätzliche Überlegungen	536
b) Lösungsvorschläge de lege ferenda	541



c) Beachtlichkeit von Entscheidungen des Ursprungsstaates als Entscheidungen über die Wirksamkeit des Schiedsspruchs „nach dem Schiedsverfahrensstatut“	544
II. Die Interessen an der Anerkennung ausländischer Entscheidungen im Allgemeinen und ihre Geltung für die Anerkennung von Aufhebungsentscheidungen	548
1. Problemstellung	548
2. Rechtssicherheit	549
a) Grundsatz	549
b) Einwände gegen die Notwendigkeit einer abschließenden Entscheidungsmöglichkeit bezüglich der Wirksamkeit des Schiedsspruchs	553
3. Internationaler Entscheidungseinklang	554
a) Grundsatz	554
b) Besonderheiten bei der Aufhebung von Schiedssprüchen	556
aa) Ausgangssituation: Existenz zweier gegensätzlicher Schiedssprüche in derselben Sache	556
bb) Der „Wettlauf zum Vollstreckungsgericht“	557
cc) Die Vollstreckung des „fehlerhaften“ an Stelle des „fehlerlosen“ Schiedsspruchs	566
c) Einwände gegen die Bedeutung des internationalen Entscheidungseinklangs bei der Beurteilung von Schiedssprüchen	567
4. Zwischenergebnis	570
III. Der Grundsatz „ <i>exequatur sur exequatur ne vaut</i> “ und seine Geltung für die Anerkennung von Schiedssprüchen	570
1. Der Grundsatz „ <i>exequatur sur exequatur ne vaut</i> “	570
2. Die Übertragbarkeit des Grundsatzes auf die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen	574
a) Ausgangspunkt	574
b) Die Bedeutung des Tenors der Exequaturentscheidung	577
c) Einwände gegen die Anerkennungsfähigkeit des Exequatururteils	580
aa) Territoriale Beschränkung des Exequatururteils und Durchsetzung der eigenen Voraussetzungen für die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen	580
bb) Probleme im Zusammenhang mit der Koexistenz verschiedener, grundsätzlich beachtlicher Entscheidungen	583
cc) Zusammenfassung	585
d) Rechtfertigung der Sonderbehandlung von Schiedssprüchen	585
aa) Ausgangspunkt	585
bb) Praktikabilitätserwägungen	586
cc) Ansätze zur Begründung einer territorial unbeschränkten Geltung des Exequatururteils	588
(1) Problemstellung	588
(2) Der Ansatz von SCHLOSSER	589
(3) Der Ansatz von BORGES	590



e) Stellungnahme	595
aa) Das Verbot des Doppelexequatur in Bezug auf Entscheidungen ausländischer Gerichte	595
bb) Übertragbarkeit auf Entscheidungen von Schiedsgerichten	
cc) Die Stellung des Ursprungsstaates	603
3. Zusammenfassung	609
IV. Angemessenheit einer „restriktiven“ Kontrolle des Schiedsspruchs im Ursprungsstaat	609
1. Problemstellung	609
2. Die Kritik an der Beachtlichkeit einer über den Maßstab des Art. V UNÜ hinausgehenden Kontrolle des Schiedsspruch im Ursprungsstaat im Einzelnen	612
a) Ausschaltung „rückständiger“ Überprüfungsmaßstäbe	613
b) Ausschaltung einer „schiedsfeindlichen“ oder unparteiischen Kontrolle	615
c) Ausschaltung der ordre-public-Kontrolle	617
d) Zusammenfassende Betrachtung	617
3. Der Lösungsansatz des europäischen Übereinkommens	619
a) Grundsätzliche Lösungsmöglichkeiten	619
b) Art. IX EuÜ und entsprechende Lösungsansätze	623
c) Kritik	626
aa) Problemstellung	626
bb) Formal auf einen „unzulässigen“ Grund gestützte, materiell aber „gerechtfertigte“ Aufhebung	627
cc) Formal auf einen „zulässigen“ Grund gestützte, materiell aber „ungerechtfertigte“ Aufhebung	630
dd) Widerspruch zu allgemeinen Grundsätzen über die Anerkennung ausländischer Urteile	631
d) Ergebnis	632
4. Zur Angemessenheit einer über den Maßstab des Art. V UNÜ hinausgehenden Kontrolle des Schiedsspruchs im Ursprungsstaat	633
a) Ansätze zur Rechtfertigung einer Aufhebungsmöglichkeit nach Maßgabe des am Schiedsort geltenden Rechts aus dem hypothetischen Parteiwillen	633
b) Die für den Umfang der gerichtlichen Kontrolle maßgebliche Rechtsordnung	637
c) Probleme einer auf den ordre public gestützten Aufhebung des Schiedsspruchs im Ursprungsstaat	645
aa) Problemstellung	645
bb) Schiedsverfahren in einem „neutralen“ Staat	647
cc) Schiedsverfahren in einem mit den Parteien oder dem Streitgegenstand verbundenen Staat	650
dd) Bewertung	655
5. Ergebnis	656



V. Internationale Zuständigkeit zur Entscheidung über die Wirksamkeit eines Schiedsspruchs	657
1. Problemstellung	657
a) Internationale Zuständigkeit und „Nationalität“ des Schiedsspruchs	657
b) Grundansätze zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	659
2. Notwendigkeit der Bildung eines besonderen Gerichtsstandes für Entscheidungen über die Wirksamkeit von Schiedssprüchen	663
3. Kriterien zur Bestimmung des besonderen Gerichtsstandes für Entscheidungen über die Wirksamkeit von Schiedssprüchen	665
a) Territoriale Zuständigkeitsanknüpfung	665
b) Statutzuständigkeit	666
c) Verhältnis beider Zuständigkeitsregeln	671
4. Zulässigkeit einer Zuständigkeitsvereinbarung	673
5. Ergebnis	674
VI. Sonstige Anerkennungsvoraussetzungen	675
1. Allgemeines	675
2. Unvereinbarkeit mit anderen Entscheidungen, § 328 Abs. 1 Nr. 3 ZPO	675
3. Gegenseitigkeitserfordernis	677
F. Auswirkungen von Regelungen des Aufhebungsverfahrens auf die Kontrolle des Schiedsspruchs in einem anderen Staat	
I. Problemstellung	678
II. Folgen eines Ablaufs der Anfechtungsfrist für die Kontrolle des Schiedsspruchs in einem anderen Staat	679
III. Folgen eines vollständigen Ausschlusses der Anfechtungsmöglichkeit im Ursprungsstaat	694
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	698
Literatur	703
Verzeichnis der Festschriften	730
Sachregister	733